

# links

Mitgliedermagazin  
der SP Schweiz  
Mai 2026  
Ausgabe 224 | CH

© Keystone/Georgios Kefalas

Jetzt  
die Internet-  
Initiative  
unter-  
schreiben!

Am 14. Juni

## Gegen Abschottung und Ausgrenzung

Warum wir mit aller Kraft gegen die  
10-Millionen-Initiative der SVP kämpfen

SP

**Editorial**

Liebe Leserin und lieber Leser,  
alle dazwischen und darüber hinaus

Die SVP gibt sich derzeit handzahn. Die Plakate für ihre Initiative zur 10-Millionen-Schweiz: niedlich. Die Botschaft: recht und nett. Ihre extremen Forderungen verwischt sie bis zur Unkenntlichkeit.

Doch Fakt ist, und so schreibt es die SVP selbst in den Übergangsbestimmungen der Initiative, sozusagen im Kleingedruckten: «... so ist auch das Abkommen ... über die Freizügigkeit (Personenfreizügigkeitsabkommen) auf den nächstmöglichen Termin zu kündigen.»

Diese extreme Initiative müssen wir bachab schicken. Das überzeugendste Mittel: Unsere Argumente. Co-Präsidentin Mattea Meyer, Bundesrätin Elisabeth Baume-Schneider und Bundesrat Beat Jans stellen sie auf den Seiten 4 bis 7 vor.

Ebenso wichtig wird die Mobilisierung sein. Das zeigt das Resultat zur Masseneinwanderungs-Initiative. Damals machten nur rund 19 000 Stimmen den Unterschied. Darum: Jede Stimme zählt!

Ich wünsche dir eine anregende Lektüre und grüsse solidarisch,



Pia Wildberger

PS: Auch deine Nein-Stimme zum neuen Zivildienstgesetz ist wichtig. Das Scheingefecht um die Grösse der Armee wird zu einem massiven Abbau im Zivildienst führen. Auf den Seiten 14 und 15 liest du, was auf dem Spiel steht.

**Inhalt**

- 4 Für ein Nein zur SVP-Initiative braucht es uns alle!**  
Co-Präsidentin  
Mattea Meyer ordnet die Initiative ein
- 6 Die überzeugendsten Argumente gegen die extreme Initiative von Elisabeth Baume-Schneider und Beat Jans**
- 7 Internet-Initiative: Mehr Verantwortung!**  
Unterschreibe jetzt die beiliegende Karte
- 8 142 het sie gseit ...**  
Endlich gibt es die Notrufnummer gegen Gewalt
- 9 – 12 Berichte aus den Kantonen**
- 13 Gute Frage: Profitiert die Rüstungsindustrie von der Neutralität?**
- 14 Auf der Suche nach dem Sinn: Zivi oder Soldat?**  
Was am 14. Juni mit dem neuen Zivildienstgesetz auf dem Spiel steht
- 16 Kochen fürs Klima: Mit Essen die Welt besser machen**
- 17 «Solidarität ist unsere Antwort auf die Trump-SVP-Schweiz»**  
Wie hat Co-Präsidentin Mattea Meyer ihre Rückkehr in die Politik erlebt?
- 18 5 Fragen an Neumitglied Nicole Schaub aus Riehen**
- 19 Anlässe der SP Schweiz, SP Zürich, von Movendo und der Anny-Klawar-Morf-Stiftung**
- 20 Bildungsangebote der SP Schweiz**

# 145 000 Unterschriften für die Klimapolitik



**Geschafft:** Mitte April hat eine breite Allianz – und allen voran die SP – 145 000 Unterschriften für die Finanzplatz-Initiative eingereicht. Das zeigt, dass die Initiative einen Nerv trifft. Sie richtet den Blick auf den grössten blinden Fleck der Schweizer Klimapolitik: unseren Finanzplatz. Nun steht unter der Bundeshauskuppel schon bald das nächste Kapitel an.

## Bankenregulierung

### **Das Risiko-Monster UBS bleibt**

Der Bundesrat sieht in der Eigenmittelverordnung eine 100-prozentige Kapitalunterlegung ausländischer Tochtergesellschaften vor. Das ist überfällig und richtig, reicht aber bei Weitem nicht aus, um das Klumpenrisiko der neuen UBS für die Volkswirtschaft, die Steuerzahlenden und den Wohlstand in der Schweiz in den Griff zu bekommen.

«Die UBS ist doppelt so gross wie die gesamte Schweizer Volkswirtschaft.

Wer glaubt, mit dieser Massnahme sei das Risiko für die Schweiz gebannt, macht sich Illusionen», so Co-Parteipräsident Cédric Wermuth.

Zweimal innert 15 Jahren musste der Bund Schweizer Grossbanken retten – zuletzt mit Garantien und Liquiditätshilfen von über 250 Milliarden Franken für die Credit Suisse. Die SP fordert eine Grossbankenregulierung, die künftige Krisen tatsächlich zu verhindern vermag!

## Demokratie-Initiative

### **Nationalrat gegen modernes Bürgerrecht**

Der Nationalrat lehnt die Demokratie-Initiative ohne Gegenvorschlag ab. Er belässt damit über 1,2 Millionen Menschen, die in der Schweiz leben, arbeiten und Steuern zahlen, weiterhin in einem Zustand der Willkür. Denn die Einbürgerungsregeln unterscheiden sich von Kanton zu Kanton, die Gebühren sind uneinheitlich und die Verfahren intransparent. Diese Situation ist in einem Rechtsstaat nicht akzeptabel.

Die Demokratie-Initiative hingegen fordert objektive und messbare Kriterien für die Einbürgerung. Wir bleiben dran!

Voglio restare  
con il mio  
Papà!

BASTA CON L'ESPULSIONE DEI

LE CALE  
PERCHE DATI  
SOLO

Tatort Schweiz: Eine halbe Million Familien wurden wegen dem Saisonier-Statut auseinandergerissen. Der Film «Lo Stagionale» von Alvaro Bizarro griff das Thema auf. Im Bild: ergreifende Szene aus dem Film.

# Für ein Nein zur SVP-Initiative braucht es uns alle!

Am 14. Juni entscheidet sich bei der Abstimmung zur 10-Millionen-Schweiz-Initiative, ob sich die SVP mit ihrer Sündenbock-Politik durchsetzt – oder die soziale Schweiz.



Mattea Meyer  
Co-Präsidentin

Die SVP-Initiative zerstört den bewährten bilateralen Weg mit der EU. Und zwar nicht erst irgendwann mal in ferner Zukunft, sondern bereits, wenn die Schweiz gerade mal um 4 Prozent auf 9,5 Millionen Einwohner:innen wächst. Der Bund müsste dann im Asylbereich und beim Familiennachzug für EU-Bürger:innen massive Einschränkungen vornehmen. Das ist nicht vereinbar mit der Personenfreizügigkeit und führt zur Kündigung der bestehenden bilateralen Verträge.

Die Folgen davon wären gewaltig und desaströs: Wenn der Familiennachzug eingeschränkt wird, müsste die französische Pflegefachfrau oder der portugiesische Bauarbeiter jederzeit damit rechnen, dass die Kinder oder Ehepartner:innen ausgewiesen werden. Die Initiative würde ab dem ersten Tag nach Annahme

massive Unsicherheit schaffen und dazu führen, dass sich zum Beispiel die dringend benötigte deutsche Ärztin zweimal überlegt, hierhin zu ziehen, weil sie nicht weiss, ob ihre Familie mitkommen und bleiben kann.

## 1000 neue Altersheime

In ganz Europa, auch in der Schweiz, zeigen alle Szenarien, dass wir in den nächsten Jahren eine überalterte Bevölkerung sein werden. Bis 2040 müssen deshalb 1000 neue Alters- und Pflegezentren gebaut werden. Wer baut diese Pflegeheime, wenn es keine Zuwanderung mehr gibt? Wer wird dann die betagten Menschen pflegen, wenn niemand mehr kommen darf?

Gerade im Gesundheitswesen führt die Initiative ins Chaos: Schon heute fehlen tausende Pflegekräfte,

bis 2030 werden es 30 000 Pflegenden sein. Eines ist klar: Ohne Fachkräfte aus dem Ausland bricht unsere Gesundheitsversorgung zusammen. Wer das zuerst spürt, sind Regionalspitäler und Pflegeheime in ländlichen Regionen, die bereits heute Mühe haben, gute Leute zu finden.

Was für das Gesundheitswesen im Besonderen, gilt auch im Allgemeinen: Unser Land würde im Nu zusammenbrechen ohne ausländische Mitmenschen. Das wissen auch die SVP-Chefstrategen.

Es geht ihnen mit dieser Initiative auch nicht um weniger Zuwanderung. Sie wollen Menschen zweiter Klasse. Denn Ausländer:innen mit einer Kurzaufenthaltsbewilligung – das heisst einer Bewilligung von weniger als 365 Tagen – zählen nicht zur sogenannten ständigen Wohnbevölkerung, die für die 10-Milli-



Art. 197 Ziff. 15

### 15. Übergangsbestimmungen zu Art. 73a (Nachhaltige Bevölkerungsentwicklung)

<sup>1</sup> Überschreitet die ständige Wohnbevölkerung der Schweiz vor dem Jahr 2050 neun-  
einhalb Millionen Menschen, so treffen der Bundesrat und die Bundesversammlung  
im Rahmen ihrer Zuständigkeiten Massnahmen im Hinblick auf die Einhaltung des  
Grenzwertes gemäss Artikel 73a Absatz 1, insbesondere im Asylbereich,  
klauseln ausgehandelt oder angerufen werden, mit denen die Einhaltung des Grenz-  
wertes gemäss Artikel 73a Absatz 1 erreicht wird, so ist auch das Abkommen vom  
21. Juni 1999<sup>s</sup> zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft einerseits und der  
Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten andererseits über die Freizü-  
gigkeit (Personenfreizügigkeitsabkommen) auf den nächstmöglichen Termin zu kün-  
digen.

Auszug aus dem Initiativtext

## Das Kleingedruckte

Dass die SVP Ausländer:innen und besonders Asylbewerber:innen für alle Probleme verantwort-  
lich macht, ist nicht neu. Das zeigt sich  
auch im Initiativtext zur sogenannten Nach-  
haltigkeits-Initiative. In den Übergangsbestim-  
mungen, die die SVP in die Verfassung schrei-  
ben will, hält die Partei klipp und klar fest, was  
sie wirklich will: Asylbewerber:innen das Leben  
in der Schweiz verunmöglichen und das Ende  
der Personenfreizügigkeit herbeiführen.

### Asylbereich fällt kaum ins Gewicht

Bundesrat und Parlament müssten bereits ab  
Erreichen der Schwelle von 9,5 Millionen Ein-  
wohner:innen im Asylbereich und beim Fami-  
liennachzug Massnahmen ergreifen. Bloss:  
Gemäss Zahlen des Bundes machten Asyl-  
bewerbende zwischen 2014 und 2024 nur  
acht Prozent der Zuwanderung aus. Weitere  
sechs Prozent entfallen auf Geflüchtete aus  
der Ukraine. Die allermeisten Menschen, die in  
die Schweiz einwandern, kommen mit einem

gültigen Arbeitsvertrag und stammen aus den  
EU-Staaten.

Darum zielt die Initiative auch auf die Per-  
sonenfreizügigkeit mit der EU. Müsste die-  
ses Abkommen gekündigt werden, wie es die  
Initiative verlangt, würden wegen der Guil-  
lotine-Klausel auch die übrigen bilateralen  
Abkommen dahinfallen. Dass bezüglich Per-  
sonenfreizügigkeit Verhandlungsspielraum  
mit der EU bestehe, ist reines Wunschdenken  
und irreführende Propaganda rechter Politik.

### Schengen und Dublin in Gefahr

Längerfristig sind mit dieser Initiative auch die  
Abkommen von Schengen und Dublin infrage  
gestellt. Fallen diese weg, müssten wir uns  
nicht nur wieder an Grenzkontrollen gewöh-  
nen. Die Polizei hätte keinen Zugriff mehr auf  
Datenbanken, die den Kampf gegen die inter-  
nationale Kriminalität und Mafia ermöglichen.  
Die Polizei würde sozusagen mit einer Augen-  
binde ermitteln.

onen-Grenze massgebend ist. Die  
Arbeitskräfte sollen also weiterhin  
kommen können – einfach kürzer,  
ohne sozialen Schutz und ohne An-  
spruch, ihre Familie nachzuziehen.

### Erinnerungen an das Saisonierstatut

Die SVP will zurück in eine dunkle  
Zeit in der Geschichte der Schweiz,  
in der ausländische Arbeiter:innen  
wie Ware behandelt wurden, in der  
eine halbe Million Familien ausei-  
nandergerissen wurden und in der  
Kinder versteckt werden mussten,  
weil sie nicht mit den Eltern leben  
durften, die in der Schweiz arbeite-  
ten. Wenn die Arbeiter:innen krank  
oder arbeitslos wurden, schickte die  
Schweiz sie zurück in ihr Herkunfts-  
land. Das ist menschenverachtend.  
Und darf nie wieder Realität werden.

### Stabilität in Zeiten von Trump & Co.

Die gefestigte Beziehung zur Euro-  
päischen Union und die bilatera-  
len Verträge mit den flankieren-  
den Massnahmen haben wichtige

Fortschritte gebracht. Ohne sie hät-  
ten wir zum Beispiel im Gastgewer-  
be keine Mindestlöhne, wir hätten  
keine griffigen Massnahmen gegen  
Lohndumping, und wir hätten in die-  
ser schwierigen Zeit mit Trump kei-  
ne Stabilität im Verhältnis zu unserer  
wichtigsten Handelspartnerin und  
unserer entscheidenden Verbünde-  
ten. Von heute auf morgen wäre alles  
kaputt. Ohne Not. Und das in Zeiten  
von Trump und Putin. In Zeiten, in  
denen wir auf gute Beziehungen zur  
EU mehr denn je angewiesen sind.

Wir werden gemeinsam alles ge-  
ben, damit alle Menschen, mit und  
ohne Schweizer Pass, mit Respekt  
behandelt werden und die SVP-Ini-  
tiative unser Zusammenleben nicht  
kaputtmachen kann. Danke für dein  
Engagement in den kommenden  
Wochen!

## Was kannst du tun?

Die Plakate hängen bereits, Abstimmungszeitung und  
Flyer liegen in den Briefkästen – du hast jedoch immer  
noch wichtige Möglichkeiten, dich einzubringen:

- Ist jemand in deinem Freundeskreis oder Umfeld  
noch unschlüssig oder geht der irreführenden  
Benennung der Initiative auf den Leim? Diskutiere  
über die Initiative.
- Schreibe Leserbriefe. Damit schaffst du glaub-  
würdig Öffentlichkeit für unsere Argumente.  
Hier findest du Vorlagen und Unterstützung:  
[www.spschweiz.ch/leserbriefe](http://www.spschweiz.ch/leserbriefe)
- Mobilisiere Familie, Bekannte und Freunde:  
Nur wenn alle an die Urne gehen und Nein stimmen,  
schaffen wir es, die Initiative zu bodigen. Wenn es  
eine Abstimmung gibt, die niemand verpassen  
sollte, dann diese!



# «Die Initiative führt die Schweiz aufs Abstellgleis»

Was beschäftigt Bundesrätin Elisabeth Baume-Schneider und Bundesrat Beat Jans besonders im Kampf gegen die 10-Millionen-Schweiz-Initiative der SVP? Wir haben bei beiden nachgefragt.

**Elisabeth, du bist als Vorsteherin des Departements des Innern auch Gesundheitsministerin. Welchen Einfluss hätte die Initiative auf unsere Gesundheitsversorgung?**

Die Initiative würde das Problem des Fachkräftemangels klar verschärfen: Wer Angehörige im Pflegeheim besucht oder mit dem Kind oder Enkel in den Notfall muss, sieht, welche zentrale Rolle Menschen mit Migrationshintergrund in unserem Gesundheitssystem spielen. Wir alle wollen, dass unsere Liebsten gut betreut, gepflegt und behandelt werden. Ohne Zuwanderung ist eine qualitativ hochwertige Versorgung schon heute nicht möglich, in Zukunft aber noch viel weniger, denn der Pflegebedarf wird mit der Alterung der Gesellschaft steigen. Hinzu kommt: Die Zuwandernden sind im Schnitt jünger als die inländische Bevölkerung und benötigen weniger Gesundheitsleistungen. Diesen Effekt auf die Krankenkassenprämien darf man nicht vernachlässigen. Je älter eine Gesellschaft, desto höher die Kosten pro Kopf und damit die Prämien.

**Du setzt dich für gesunde Finanzen bei der AHV ein. Wie würden sich die Prognosen bei einem starren Bevölkerungsdeckel verändern?**

Die AHV profitiert stark von der Zuwanderung. Die Schweizer Bevölkerung zahlt weni-

ger in die AHV ein, als sie an Leistungen bezieht. Bei der ausländischen Bevölkerung ist es genau umgekehrt. Sie zahlen mehr ein, als sie beziehen. Die meisten Zuwanderinnen und Zuwanderer kommen zum Arbeiten in die Schweiz. Ihre AHV-Beiträge stützen unser wichtigstes Sozialwerk. Dieser positive Effekt gilt auch für die Zukunft. Ohne Zuwanderung müssten weniger Erwerbstätige immer mehr AHV-Bezüger:innen finanzieren. Damit würde der Druck auf die AHV steigen – und das in einer Zeit, in der manche nur darauf warten, über strukturelle Reformen zu sprechen.

**Deine Familie hat auf ihrem Bauernhof Saisonniers beschäftigt. Du hast zuletzt öffentlich wiederholt darüber gesprochen. Was hat das mit dieser Initiative zu tun?**

Die Initianten wollen den Familiennachzug einschränken. Das klingt harmlos, ist es aber nicht. In meiner Kindheit hatten wir viele Saisonniers bei uns auf dem Hof. Die Trennung von ihren Liebsten war sehr schmerzhaft, insbesondere wenn es kleine Kinder gab. Ich möchte nicht, dass wir in diese Zeit zurückkehren. Am 14. Juni stehen somit auch die Rechte unserer ausländischen Mitmenschen und von ihren Familien auf dem Spiel. Hier dürfen wir keine Rückschritte akzeptieren.



**Beat, du informierst an Anlässen im ganzen Land darüber, warum der Bundesrat die Initiative ablehnt. Bei welchen Fakten merkst du, dass sich die Sicht auf die Initiative verändert?**

Oft genügt eine Erinnerung an den letzten Spitalbesuch. Ohne die deutsche Ärztin, den französischen Pfleger, den spanischen Bauarbeiter, die polnische Serviceangestellte ginge es uns allen schlechter. Spätestens da realisieren die meisten, dass die Initiative unsere Wirtschaft und unsere Lebensqualität im Alltag direkt bedroht. Vor allem geht es darum: In was für einer Schweiz wollen wir leben? In einer offenen Schweiz, die sich weiterentwickelt? Oder wollen wir zurück in die Schweiz vor über 30 Jahren, in die Zeit des Saisonierstatuts, als Menschen nur willkommen waren, um zu arbeiten? Ihre Familie mussten sie daheimlassen und sie wurden zurückgeschickt, wenn sie nicht mehr rentabel waren.

**Abstimmungen bieten Wähler:innen Gelegenheit, Dampf abzulassen. Was sagst du jenen, die mit einem Ja ein Zeichen setzen wollen?**

Diese Initiative setzt kein Zeichen, sie führt die Schweiz aufs Abstellgleis. Sie greift den bilateralen Weg mit der EU frontal an und schafft damit zusätzliche Unsicherheit in einer unsicheren Welt. Die Welt ist schon jetzt

aus den Fugen – Krieg im Osten, Zollstreit im Westen. Wir brauchen stabile Beziehungen zu unseren Nachbarn und Freunden. Viele Britinnen und Briten wollten mit dem Brexit ebenfalls ein Zeichen setzen und bereuen es heute bitter. Ein Ja zur 10-Millionen-Initiative wäre der Brexit-Moment der Schweiz. Die Initiative stellt auch die Menschenrechte, die Rechte von Flüchtlingen und Kindern in Frage. Wir würden unsere Werte verraten. Auch deshalb sind Bundesrat und Parlament gegen die Initiative.

**Nachhaltigkeit ist auch den SP-Wähler:innen ein grosses Anliegen. Was können wir tun, um die Nachhaltigkeit zu stärken?**

Abschottung ist keine Antwort auf ökologische Krisen. Der Klimawandel und das Artensterben machen an den Grenzen nicht halt – und sie haben nichts mit Migration zu tun. Entscheidend für die Nachhaltigkeit ist nicht, auf welcher Seite der Grenze wir wohnen, sondern wie wir leben und wie wir mit unseren Ressourcen umgehen. In den letzten 25 Jahren ist unser Materialverbrauch kleiner geworden, obwohl das BIP um 50 Prozent zugelegt hat. Wir verbrauchen heute weniger und sauberere Energie als vor 30 Jahren. Obwohl heute mehr Menschen in der Schweiz leben und die Wirtschaft gewachsen ist.

**Internet-Initiative**

**Mehr Verantwortung**

Vor kurzem wurden Meta (Instagram, Facebook) und Google (Youtube) von einem amerikanischen Gericht dafür verurteilt, dass ihre Inhalte gezielt süchtig machen und damit Jugendlichen psychischen Schaden zufügen können.

**Jetzt unterschreiben!**

Grok, die künstliche Intelligenz von X, vormals Twitter, machte unter anderem Schlagzeilen damit, dass man mit Grok sexualisierte Bilder von beliebigen Frauen erstellen kann, selbst bei Minderjährigen war dies möglich. Vor kurzem machte der Tages-Anzeiger publik, dass eine Gruppe junger Männer mithilfe von KI-Anwendungen gezielt pornografische Bilder von Influencerinnen geschaffen hatte.

Das sind nur zwei von vielen Beispielen, wie soziale Medien konkreten Schaden anrichten können. Das Problem: Die Plattformbetreiber übernehmen keinerlei Verantwortung für Inhalte, die sie vertreiben.

**Schutz von Grundrechten**

Eine breite überparteiliche Allianz will mit der Internet-Initiative genau da ansetzen: Bei der fehlenden Verantwortung. Sie will die Betreiber dazu verpflichten, Grundrechte zu schützen, und die Verbreitung von Inhalten verhindern, die sexualisierte Gewalt enthalten, zu Gewalt anstiften oder Gewalt verherrlichen. Desinformation oder andere demokratische Risiken sollen begrenzt und Cyberkriminalität bekämpft werden.

Die Initiative wird auch unterstützt von verschiedenen Fachverbänden wie Kinderschutz Schweiz, dem Fachverband der Psycholog:innen FSP und dem Dachverband der Lehrpersonen L:CH. Die SP ist mit drei Personen im Initiativkomitee vertreten, neben mir nehmen auch Samuel Bendahan und Nadine Masshardt Einsitz. Wir sind überzeugt, dass es an der Zeit ist, die Plattformen in die Verantwortung zu nehmen. Die Internet-Initiative ist dazu ein wichtiger Schritt.

Min Li Marti, Nationalrätin ZH

**Achtung Unterschriftenregeln**

Die Bundeskanzlei hat die Regeln für Unterschriftensammlungen präzisiert. Die Karten müssen nicht nur unterschrieben, sondern auch Vor- und Nachname müssen eigenhändig hingeschrieben werden. Das erschwert das Fälschen von Unterschriften. Die Regel ist zwar nicht neu, wurde jedoch nachsichtig gehandhabt. Früher konnte beispielsweise ein Familienmitglied alle Stimmberechtigten im Haushalt auflisten, und diese mussten bloss noch unterschreiben. Neu sind solche Unterschriften ungültig.

# 142

Die Nummer  
gegen sexualisierte,  
häusliche und  
geschlechtsspezifische  
Gewalt

[www.sp-frauen.ch](http://www.sp-frauen.ch)

## Neue Nummer bei häuslicher Gewalt

### 142 het sie gseit ...

Seit dem 1. Mai gibt es die 142. Eine Nummer für Menschen, die sexualisierte, häusliche oder geschlechtsspezifische Gewalt erleben. Hinter ihr steht jahrelange Arbeit von Betroffenen, Fachstellen, Aktivist:innen, Influencer:innen, Bundesrät:innen, Parlamentarier:innen. 2020 haben SP-Ständerätin Eva Herzog, FDP-Nationalrätin Susanne Vincenz-Stauffacher und ich die Forderung der Fachstellen ins Parlament getragen, nun haben unsere Bundesrät:innen und Regierungsrät:innen sie umgesetzt. Dank der Mobilisierung von über 500 000 Menschen im Dezember steht nun auch das Geld zur Verfügung, um sie schweizweit bekannt zu machen. Ein Meilenstein, der uns alle gebraucht hat.

Und trotzdem: Wir sind erst den halben Weg gegangen. Denn eine Nummer ist noch kein Schutz. Eine Nummer ist ein Versprechen. Und dieses Versprechen wird nur eingelöst, wenn dahinter überall auch Hilfe steht: erreichbar, professionell, mehrsprachig, barrierefrei, rund um die Uhr. Mit Schutzplätzen, Beratung, medizinischer und rechtlicher Unterstützung. Statt des Verweises auf Strukturen, die schon heute überlastet sind.

#### Gegen den Kantönligeist

Genau hier wird unser Kampf gegen Gewalt weitergehen. Denn die Kantone setzen die Sache unterschiedlich um. Einige bauen aus. Andere machen das Minimum. Manche verlassen sich auf bestehende Angebote, ohne genug Geld, ohne genug Personal, ohne die Lücken zu schliessen. Und während wir von nationalem Schutz sprechen, klaffen die Unterschiede zwischen den Kantonen weiter auseinander.

Schutz vor Gewalt darf nicht davon abhängen, ob ein Kanton Geld spricht, Strukturen ernst nimmt oder gerade andere Prioritäten setzt. Denn Gewalt macht nicht an Kantonsgrenzen halt. Und unsere Verantwortung auch nicht. Gewaltbekämpfung ist eine gesamtgesellschaftliche und staatliche Aufgabe.

Darum feiern wir die 142. Und darum geben wir uns mit ihr nicht zufrieden. Und wir kämpfen weiter für unsere Initiative: für flächendeckende verbindliche Standards, für Geld, für Schutz, der hält. Die 142 ist ein Anfang. Jetzt sorgen wir dafür, dass daraus ein System wird, das Betroffene wirklich auffängt.

Tamara Funciello, Nationalrätin und Co-Präsidentin SP Frauen

## Bundeshausfraktion

### Alles Gute! Und willkommen!



Ende März mussten wir uns mit vielen Tränen von vier hochgeschätzten Nationalrät:innen aus der SP-Bundeshausfraktion verabschieden. **Eric Nussbaumer** (BL), **Claudia Friedl** (SG), **Céline Widmer** (ZH) und **Pierre-Alain Fridez** (JU) ziehen weiter (im Uhrzeigersinn von oben links). Eric, Claudia und Pierre-Alain treten die verdiente Pension an, Céline wird künftig als Stadträtin in der Stadt Zürich tätig sein. Die vier haben unser Wirken in Bern mit ihrer Kompetenz, ihrem Engagement und ihrer Menschlichkeit stark geprägt. Sie standen täglich im Einsatz für eine soziale, offene, friedliche und ökologische Schweiz und haben sich mit viel Tatendrang und Überzeugung für die sozialdemokratischen Werte eingesetzt.

#### Wir wünschen euch für eure Zukunft alles Gute!



Am Montag der Sondersession folgten sogleich die Freudentränen. Wir durften die vier Nachfolger:innen in Bern begrüßen – **Arbër Bullakaj** (SG), **Michèle Dünki-Bättig** (ZH), **Miriam Locher** (BL) und **Loïc Dobler** (JU) (im Uhrzeigersinn von oben links). Wir freuen uns auf die Zusammenarbeit und wünschen euch allen einen guten Start!

Samira Marti, Co-Fraktionspräsidentin



# Kein Turbo und kein Joggeli – Dank an Eric Nussbaumer



Peter Schmid  
ehemaliger Regierungsrat

Das Etikett, das Eric Nussbaumer oft umgehängt wurde, lautete: EU-Turbo! Was ist ein Turbo? Ein Wirbel, ein Sturm, ein Wirbelsturm! Das alles ist Eric nicht. Wenn schon, dann würde «Turbine» besser zum Elektroingenieur und Energiepolitiker passen.

Was viele an Eric schätzen, ist die Gelassenheit. Die permanente Aufgeregtheit, im Politikbetrieb reichlich vertreten, ist nicht sein Ding. In seinem berühmten Aufsatz «Politik als Beruf» zitiert Max Weber den Philosophen Georg Simmel. Simmel spricht angesichts dieser ständigen Hektik von «steriler Aufgeregtheit». Erics lautstarkes «Hallo» kürzlich in der «Arena» an die Adresse eines unflätigen Polit-Schnösels zeigte uns aber auch, dass selbst seine Gelassenheit nachvollziehbare Grenzen kennt.

Aber Max Weber hat er gelebt und vorgelebt: «Die Politik bedeutet ein starkes, langsames Bohren von harten Brettern mit Leidenschaft und Augenmass zugleich.» Dazu wäre wohl noch der Frohsinn zu nennen.

## «Zuerst bin ich Mensch»

Wir kennen die vielfältige politische Laufbahn von Eric. Wir würdigen die damit verbundene Arbeit dankbar. Die SP Baselland hätte ihn gerne als Regierungsrat oder Ständerat gesehen. Das Erfüllen eines anspruchsvollen Amtes fordert einen Menschen

stark, das Verkraften von Niederlagen ist auch nicht ohne.

In seinem Interview vom 6. März in der BZ sagte Eric den Satz: «Zuerst bin ich Mensch.» Dem Menschen, dem Freund, dem Menschenfreund, dem Genossen gilt unser Dank. «Man muss die Menschen gern haben», so lautet seine Devise. Sie hebt sich wohltuend ab von einer Politik, die Menschen aufgrund ihrer Herkunft oder ihrer Lebenslage verächtlich macht.

Nochmals zurück zum Interview in der BZ (6.3.26): In diesem lesenswerten Text erfahren die Lesenden viel über den politischen Menschen und den menschlichen Politiker Eric Nussbaumer. Der wegweisende Kernsatz: «Ich bin kein Instagram-Joggeli.» Der Satz gab mir zu denken: Muss ich wohl heimlich meinen Account löschen?

## Der praktische Utopist

Das Interview ist hohe Schule. Seine Antworten präzisieren gekonnt die Fragen des Journalisten. Seine Aussage über das vorherrschende «Denken in Kampagnen», das auch die SP erfasse, finde ich bedenkenswert. Kampagnen eröffnen den politischen Prozess und dürfen nicht mit konkretem und wirkungsvollem Handeln verwechselt werden. Kampagnen sprechen ein Thema an, sind aber noch nicht die Lösung.

Ist Eric ein Pragmatiker? Ich denke nicht. Pragmatiker stellen das Handeln über die Theorie. So sehe ich ihn nicht. Seine sozialdemokratischen Grundwerte stehen nicht ständig zur Debatte. Er wollte, dass heute lebende Menschen in ihrer Lebenswirklichkeit etwas von sozialdemokratischer Politik spüren. Eric ist ein praktischer Utopist. Die Wurzeln im religiösen Sozialismus sind offenkundig.

Die SP Baselland dankt Eric von Herzen für seine langjährige fundierte politische Arbeit. Wir gönnen ihm eine Pause und freuen uns danach auf das weitere gemeinsame Tun.

«Dem Menschen, dem Freund, dem Menschenfreund, dem Genossen gilt unser Dank.»



Sutha Ganapathipillai, Irem Neseli und Shulojan Suntharalingam

## Mehr über die SP-Migrant:innen erfahren?

Ziel der SP-Migrant:innen ist es, allen im Kanton Solothurn wohnhaften Personen mit Migrationshintergrund innerhalb und ausserhalb der Partei zu einer besseren Partizipation und politischen Repräsentation zu verhelfen.

Ihr findet alle weiteren Informationen auf unsere Homepage unter «Unsere Partei» oder via den QR-Code.



## SP-Migrant:innen Kanton Solothurn

# Fleissige Aufbauarbeit und neues Co-Präsidium

Der Kanton Solothurn hat eine reiche Migrationsgeschichte, früher als Industriestandort, heute als Pendler- und Wohnkanton für Menschen aus aller Welt! Die SP hat bei vielen Menschen mit Migrationshintergrund einen guten Ruf. Viele richten ihre Hoffnungen und Erwartungen an sie. Dennoch sind Migrant:innen in der SP insgesamt untervertreten. Das soll sich ändern. Sutha Ganapathipillai

Die SP-Migrant:innen blicken auf eine Phase kontinuierlicher Aufbauarbeit zurück. Bereits bei den Nationalratswahlen 2023 engagierten sich Mitglieder für eine stärkere politische Sichtbarkeit von Menschen mit Migrationsgeschichte und unterstützten die Kandidatur von Farah Rummy, die heute als Nationalrätin im eidgenössischen Parlament Verantwortung trägt. Auch in kantonalen Debatten bezogen die SP-Migrant:innen klar Position – insbesondere dort, wo pauschale und rechtsstaatlich problematische Forderungen im Asylbereich laut wurden.

Migrantische Perspektiven sind im Kanton Solothurn kein Randthema mehr, sondern aktiver Bestandteil der politischen Gestaltung. Die kontinuierliche Vernetzung inner-

halb der SP Kanton Solothurn stärkt dabei die gesamte Kantonalpartei.

### Teilhabe, Integration und Prävention

Die SP-Migrant:innen Kanton Solothurn möchten ihre Rolle als Brücke zwischen Communitys und Partei weiter ausbauen. Im Fokus stehen politische Teilhabe, Integration und Prävention, die Stärkung der demokratischen Kultur sowie die konsequente Bekämpfung von Diskriminierung. Vielfalt ist kein netter Zusatz, sondern eine demokratische Stärke. Engagement wirkt – und migrantische Stimmen gestalten die Zukunft des Kantons Solothurn aktiv mit.



Shulojan Suntharalingam,  
Co-Präsident  
SP Migrant:innen  
Kanton Solothurn

**«Politische Teilhabe schafft Vertrauen. Wenn Menschen mit Migrationsgeschichte sichtbar Verantwortung übernehmen, stärkt das den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Unsere Erfolge 2025 sind ein starkes Zeichen für eine vielfältige und offene Demokratie im Kanton Solothurn.»**

## Zukunftsmission: Die Basis stärken

Manuel Castellote

Géraldine Mercedes Boesch und Angelo Zaccaria sind von der Geschäftsleitung der SP Bern-Mittelland zuhanden des Parteitags vom 27. Mai als Co-Präsidium nominiert worden. Ein Gespräch über ihre Vision für den Regionalverband (RV), die Rolle der Basis und einen besonderen politischen Kompass.

**Ihr kandidiert als Tandem für das Präsidium. Welche regionalen Perspektiven bringt ihr mit?**

**G:** Wir engagieren uns beide als Fraktionspräsident:innen im Parlament; ich in Köniz im Wahlkreis Süd und Angelo in Muri-Gümligen im Wahlkreis Nord. Da wir in der Stadt Bern arbeiten, kennen wir das urbane Zentrum aus eigener Erfahrung.

**A:** Als Leiterin des Fachbereichs Kultur der Regionalkonferenz Bern-Mittelland RKBM ist Géraldine in der ganzen Region gut vernetzt. Zudem bin ich als Vizepräsident des RV mit Personen und Prozessen bereits vertraut.

**Welche Erfahrungen aus eurem Berufsalltag wollt ihr gezielt in die Arbeit des RV einbringen?**

**A:** In meinem Berufsalltag bei den Parlamentsdiensten arbeite ich am Puls der nationalen Gesetzgebung. Als Kommunikationspezialist – unter anderem beim Ghostwriting für die Ratspräsidien – begleite ich politische Prozesse kommunikativ und gestalte sie mit. Dieses Verständnis für institutionelle Abläufe und strategische Kommunikation möchte ich einbringen, um die Arbeit des RV auch künftig wirkungsvoll nach aussen zu tragen.

**G:** Als Theaterwissenschaftlerin habe ich meine Wahrnehmung geschärft; die Fähigkeit, zwischen Sein und Schein zu unterscheiden, ist auch in der Politik wertvoll. Durch

meine Arbeit bei der Regionalkonferenz habe ich ein vertieftes Verständnis für die vielfältigen regionalen Strukturen. Unser Ziel ist es, dass der RV für die Sektionen einen tatsächlichen Mehrwert schafft, indem er sie entlastet, vernetzt und ermutigt.

**Wo drückt der Schuh in der Region Bern-Mittelland am meisten?**

**G:** Der grösste Handlungsbedarf liegt in der besseren Nutzung von Synergien. Regionsgemeinden arbeiten oft an ähnlichen Herausforderungen und Lösungsansätzen, ohne miteinander im Austausch zu stehen. Hier kann der RV als moderierendes Netzwerk agieren, das Wissen und Kompetenzen vermittelt.

**Was sind eure Pläne, um den Kontakt zur Basis zu intensivieren?**

**A:** Wir haben uns vorgenommen, verstärkt auf den direkten Dialog zu setzen. Es ist uns ein grosses Anliegen, die Sektionen regelmässig vor Ort zu besuchen – nicht als Selbstzweck, sondern um ihre Bedürfnisse frühzeitig zu erkennen, Zusammenarbeit auszuloten und die Basis für die Regierungs- und Grossratswahlen 2030 zu stärken. Neben der Wahlunterstützung wollen wir vermehrt Bildungs-, Netzwerk- und Informationsanlässe durchführen.

**Man hört, ihr seid beide bekennende Trekkies. Stimmt es, dass «Star Trek»**

**für euch mehr ist als nur Sci-Fi-Unterhaltung?**

**G:** Absolut! Was mich an Star Trek fasziniert, ist die Vision einer Gesellschaft, die Knappheit und Diskriminierung hinter sich gelassen hat. Es ist eine Utopie, in der Menschen nicht mehr gegen den Mangel kämpfen, sondern gemeinsam wachsen, lernen und auch mal scheitern dürfen. Diese Idee einer gerechten, solidarischen Zukunft ist unser eigentlicher politischer Kompass.

**A:** Und wir sind ziemlich sicher: Damit wären wir das erste Trekkie-Co-Präsidium einer politischen Partei weltweit! (lacht) Aber im Ernst: Uns inspiriert vor allem der optimistische Grundton der Serie. Genau diesen wollen wir auch in unseren RV tragen – gewissermassen den «Warp-Antrieb» für eine gerechte Zukunft zünden.

## Zu den Personen

**Géraldine Mercedes Boesch (37)**

Dr. phil., Leiterin Fachbereich Kultur Regionalkonferenz Bern-Mittelland RKBM, Co-Fraktionspräsidentin SP Köniz, Mitglied Finanzkommission, Präsidentin Redaktionskommission, Stiftungsrätin Schulmuseum Bern

**Angelo Zaccaria (33)**

Kommunikationspezialist, Vizepräsident RVBM, Fraktionspräsident SP Muri-Gümligen, 2. Parlamentsvizepräsident, Mitglied Bildungs- und Regionalkommission

# Psychische Gesundheit stärken – für unsere Jugend

Viele psychische Probleme beginnen bereits im Kindes- und Jugendalter. Bleiben sie unerkant oder unbehandelt, können sie bis ins Erwachsenenalter bestehen bleiben. Mit der kantonalen Initiative «Psychische Gesundheit der Jugend stärken!» will die JUSO im Kanton Luzern frühzeitig handeln: mit besserer Prävention, schneller Hilfe und genügend Fachpersonal. Elena Stäheli

Immer mehr Kinder und Jugendliche leiden unter psychischen Problemen. «Rund ein Drittel der Jugendlichen in der Schweiz sind von psychischen Problemen betroffen», sagt Benjamin Ferizaj, Co-Präsident JUSO Luzern. Diese Zahl zeigt deutlich, wie gross der Handlungsbedarf ist. Studien bestätigen zudem, dass ein grosser Teil der psychischen Probleme bereits vor dem Erwachsenenalter beginnt. Bleiben diese Probleme unbehandelt, können sie langfristige Folgen für Gesundheit, Ausbildung und Lebensqualität haben.

Die Gründe für die psychischen Probleme sind vielfältig. Viele junge Menschen stehen heute unter hohem Leistungsdruck in Schule und Ausbildung. Dazu kommen belastende Kindheitserlebnisse, schwierige familiäre Situationen oder soziale Isolation. Auch soziale Medien können zusätzlichen Druck erzeugen und das Selbstbild negativ beeinflussen.

Während der Corona-Pandemie hat sich diese Situation weiter verschärft. Isolation, Unsicherheit und fehlende soziale Kontakte

haben bei vielen Jugendlichen Spuren hinterlassen. Entsprechend ist der Bedarf an Unterstützung in den letzten Jahren deutlich gestiegen.

## Zu wenig Fachpersonen – zu lange Wartezeiten

Gleichzeitig sind die bestehenden Angebote vielerorts überlastet. Kinder und Jugendliche warten sechs bis zwölf Monate auf einen ambulanten Platz bei einer Fachstelle oder in der Kinder- und Jugendpsychiatrie. Für Abklärungen zu Autismus-Spektrum-Störungen oder ADHS sogar mindestens zehn Monate. Ein zentraler Grund dafür ist der Fachkräftemangel in diesem Bereich.

Genau hier setzt die Initiative «Psychische Gesundheit der Jugend stärken!» an, die von der JUSO lanciert wurde. Sie fordert unter anderem, dass notwendige Behandlungen spätestens innerhalb von vier Wochen beginnen. Zudem sollen niederschwellige Beratungsangebote ausgebaut und die Prävention gestärkt werden. Ein wichtiger Bestandteil der

Initiative ist die Förderung der Aus- und Weiterbildung von Fachpersonal im Bereich der psychischen Gesundheit von Kindern und Jugendlichen. Nur mit genügend gut ausgebildeten Fachpersonen können wir die Versorgung langfristig sicherstellen.

## Ein gemeinsames Ziel

Die Initiative verfolgt ein klares Ziel: Kinder und Jugendliche im Kanton Luzern sollen die Unterstützung erhalten, die sie brauchen – fachgerecht und ohne lange Wartezeiten. Benjamin Ferizaj: «Psychische Gesundheit muss endlich die politische Priorität erhalten, die sie verdient.»

Damit die Initiative zustande kommt, braucht es genügend Unterschriften. Ein Unterschriftenbogen liegt dieser Ausgabe bei. Wenn du noch nicht unterschrieben hast, nimm dir kurz Zeit dafür und sammle womöglich auch noch Unterschriften im Freundes- oder Bekanntenkreis.

Jede Unterschrift zählt – für eine Politik, die die psychische Gesundheit unserer Jugend ernst nimmt.



## Mitmachen

Jetzt zum Unterschriftensammeln anmelden!



Die JUSO Kanton Luzern hat die Initiative «Psychische Gesundheit der Jugend stärken!» lanciert.

**Standpunkt****12 000 gegen  
Millionen**

Wir sind stolz: Über 12 000 Spender:innen setzen sich mit uns gegen die extreme SVP-Initiative ein – mit einer Durchschnittsspende von 79 Franken. 12 000 Menschen, die nicht auf Anweisung eines Konzernchefs handeln, sondern aus Überzeugung. Das ist unsere Stärke: Während die SVP auf Milliardäre und undurchsichtige Stiftungen setzt, sind wir gemeinsam stark.

Transparenz gibt es in diesem Abstimmungskampf leider nur auf unserer Nein-Seite. Die Ja-Seite verschleiert ihre Finanzierung über Stiftungen. Die «Stiftung für bürgerliche Politik» weist über eine Million Franken aus, verschweigt aber, woher das Geld kommt. Im Stiftungsrat: Dettling, Matter, Maurer – unter dem Vorsitz von Swiss-Life-VR-Präsident Rolf Dörig. Ob auch AfD-nahe Gelder fließen? Wir wissen es nicht. Die Bevölkerung hätte ein Recht darauf, es zu erfahren.

Fakt ist: Millionenerbe Philippe Gaydoul und SVP-Banker Thomas Matter spenden je eine Viertelmillion für die Ja-Kampagne. Sie wünschen sich offensichtlich eine Schweiz, in der Menschen ohne Schweizer Pass ohne Rechte schuften – getrennt von ihren Familien, weil der Familiennachzug wegfällt. Wir werden nicht zulassen, dass unser Land diesen Weg geht.

Die extreme SVP-Chaos-Initiative erzwingt die Kündigung der bilateralen Verträge mit der EU – und zwar bereits, wenn die Schweizer Bevölkerung um bloss noch 4 Prozent wächst. Dabei ist unser Land gerade in einer Welt mit Trump mehr denn je auf stabile Beziehungen zu Europa angewiesen.

Gemeinsam stoppen wir diese extreme Initiative. Wenn wir unsere Freund:innen, unsere Familien und unsere Nachbar:innen mobilisieren, werden wir gehört. Machen wir aus 12 000 Spender:innen Hunderttausende an der Urne.



Tom Cassee  
SP-Generalsekretär

**Gute Frage****Neutralität: Wie profitiert die Rüstungsindustrie?**

**Cédric Wermuth hat in der Sendung «Arena» kürzlich den Begriff «Geldsack-Neutralität» geprägt. Meine Wahrnehmung ist jedoch, dass die Einschränkungen für die Rüstungsindustrie gerade wegen der Neutralität sehr gross sind. Wie profitiert die Rüstungsindustrie von der Schweizer Neutralität? Und inwiefern profitiert die Finanzbranche von der Schweizer Neutralität?**

Meinrad W., Galgenen

Guten Tag Meinrad

Neutralität heisst im besten Sinn: Die Schweiz soll nicht in Kriege hineingezogen werden. Das ist sinnvoll. Problematisch ist aber, dass Neutralität immer wieder als Deckmäntelchen für dreckige Geschäfte benutzt wurde und wird: nach aussen Frieden predigen, während Rüstungsfirmen exportieren und Banken an Geldern aus problematischen Regimen verdienen.

Die Schweizer Finanzindustrie profitiert seit langem von Schlupflöchern und einer laschen Umsetzung von Sanktionen, beispielsweise jenen gegen Russland. So missbrauchen immer noch viele russische Firmen den Schweizer Standort, um Putins Kriegskasse zu füllen.

Auch die Rüstungsindustrie profitiert vom Image der «sauberen», neutralen Schweiz. Schweizer Waffen wirken dadurch politisch weniger belastet. Genau deshalb ist das Referendum gegen die Lockerung des Kriegsmaterialgesetzes so wichtig: Neutralität darf nicht heissen, dass man sich moralisch heraushält und wirtschaftlich mitverdient. Eine

glaubwürdige Neutralität muss verhindern, dass Schweizer Waffen in Kriegen und Ländern mit systematischen Menschenrechtsverletzungen landen.

**Profit geht vor**

Die bürgerlichen Parteien verfolgen mit der aktuellen Lockerung des Kriegsmaterialgesetzes jedoch eine gegenteilige Strategie. So dürften mit der neuen «Lex Rüstungsindustrie» Schweizer Waffen wieder in die Hände von Diktatoren und Terrorgruppen gelangen. Zudem soll die Nicht-Wiederausfuhrerklärung in den allermeisten Fällen abgeschafft werden. Das bedeutet, dass Schweizer Kriegsmaterial ohne Auflagen wieder in kriegführende Länder ausgeführt werden könnte. Kurz: Profit über alles.

Doch selbst das ist noch zu kurz gegriffen: Ausdrücklich von Schweizer Waffenlieferungen ausgenommen wäre die Ukraine, die sich in einem völkerrechtswidrigen Krieg verteidigt. Die SVP hat diese Regelung gezielt so in die Vorlage geschrieben, um – ausgerechnet unter dem Deckmäntelchen der Neutralität – Solidarität mit der Ukraine zu verhindern und ihre Pro-Putin-Politik weiterzuführen.

Das Referendum ist zustande gekommen. Aller Voraussicht nach stimmen wir im Herbst darüber ab.

**Stell uns deine Frage**

Täglich erreichen die SP Dutzende Zuschriften mit Fragen von Mitgliedern und Leser:innen. Hast du eine Frage an die SP? Wir greifen sie gerne im Links auf. Schreibe uns unter [links@spschweiz.ch](mailto:links@spschweiz.ch)

# Auf der Suche nach dem Sinn: Zivildienst oder Militär?

Der Zivildienst sei zu attraktiv, schreibt der Bundesrat im Abstimmungsbüchlein zum Zivildienstgesetz, über das die Stimmbevölkerung am 14. Juni befindet. Seit der Tatbeweis – die 1,5 mal längere Dienstpflicht – an die Stelle der Gewissensprüfung trat, hat sich die Zahl der Zivis verdreifacht – zum Nutzen der Gesellschaft, wie ein Augenschein im Winterthurer Alterszentrum Adlergarten zeigt. Pia Wildberger

«Zivis sind keine Drückeberger», sagt Kurt Egger, 71. Der Rentner besucht zwei Mal wöchentlich das Tageszentrum im Adlergarten, einem Alterszentrum am Rande der Winterthurer Altstadt. Im Garten, zwischen alten Föhren und farbenprächtigen Tulpenwiesen, dreht er seit knapp einem Jahr mit dem Rolator seine Runden, häufig in Begleitung von Zivi Robin Eichenberger, 20. «Zivildienstleistende machen ihren Job!», stellt der Parkinsonpatient klar.

Robin Eichenberger leistet, wie viele andere auch, seinen Dienst an der Gesellschaft in einem Alterszentrum. Dort servieren junge Männer Kaffee, stapeln Stühle, räumen die Küche auf oder holen bei Bedarf ein wärmendes Jäckchen – Heinzelmännchen im Einsatz. «Was hätten wir Patienten davon, wenn sie wegblieben und die Pflegerinnen Stühle schleppen müssten? Gar nichts!»

Doch genau dieses Szenario droht bei Annahme des Zivildienstgesetzes, das am 14. Juni zur Abstimmung kommt: Das bürgerlich dominierte Parlament hat Massnahmen in das Gesetz geschrieben, die den Übertritt vom Militär- zum Zivildienst erschweren und zu 40 Prozent weniger Zulassungen zum Zivildienst führen sollen.

Stattdessen sollen die jungen Männer Militärdienst leisten. Ob diese Rechnung für die Armee aufgeht, ist mehr als fraglich. Sicher ist jedoch: Die Männer werden dort aus dem Dienst an der Gesellschaft gedrängt, wo sowieso schon Personal fehlt – im Gesundheitswesen, in der Betreuung, in Schulen, im Natur- und Umweltschutz. Gegen das Gesetz hat darum eine breite Allianz von den Grünen bis zur EVP das Referendum ergriffen.

### Frischer Wind im Alltag

«Wenn Zivildienstleistende weniger Einsätze leisten, geht das auf Kosten des Personals, aber auch der Gäste und Bewohner:innen», sagt Theresa Hoffmann, Standortleiterin des Alterszentrums Adlergarten. Wegfallen würden Arbeiten, die nicht im engeren Sinne pflegerische Tätigkeiten sind. Beispielsweise müsste im Tageszentrum die Fachperson, die als Teil des Aktivierungsprogramms mit den Senior:innen den Mittagssalat rüstet, die Abwaschmaschine selbst ausräumen, den Müll hinaustragen oder am Abend aufräumen – also Zeit aufwenden, die dann in der Betreuung fehlt. Für Gäste des Tageszentrums gäbe es weniger Spaziergänge, Spiele oder ungezwungene Gespräche. «Es entstünde dort ein Defizit, wo es um das Wohlbefinden der Gäste und Bewohner:innen geht», sagt Theresa Hoffmann. «Und Zivis bringen frischen Wind in den Alltag.»

Sieben Zivis sind im Adlergarten, dem grössten Alterszentrum der Stadt, beschäftigt. Dieses umfasst neben dem Tageszentrum auch eine Wohngruppe für Demenzzranke sowie fünf Abteilungen für Langzeitpflege und eine Abteilung für temporäre Aufenthalte und Kurzzeitbetten. Man

glaubt Standortleiterin Theresa Hoffmann aufs Wort, wenn sie sagt: «Es ist wichtig, dass wir weiterhin mit den Zivis rechnen können.»

### Von der Armee zum Zivildienst

Warum ist die Erfolgsgeschichte «Zivildienst» derart unter Druck? Letztes Jahr erbrachten Zivildienstleistende fast 1,9 Millionen Dienstage für die Gesellschaft. Es wurden über 7200 junge Männer zum Zivildienst zugelassen, knapp die Hälfte von ihnen nach angefangener oder bereits beendeter RS. Obschon die jungen Männer mit der Umteilung einen deutlich längeren Dienst an der Gesellschaft in Kauf nehmen, ist es genau dieser Wechsel, welcher der Armee besonders ein Dorn im Auge ist.

## «Viele dürften den blauen Weg wählen, die medizinische Ausmusterung.»

Priska Seiler Graf, Nationalrätin ZH

Auch Zivi Robin Eichenberger rückte im Sommer 2025 direkt nach der Matura in Sitten ein. «Aber ich war völlig überlastet und konnte nicht mehr schlafen», beschreibt er die zwei Wochen in der RS. Als es ihm besser ging, liess sich Robin Eichenberger, der im Jugendverein Cevi eine Jungschar leitete und in der Freizeit Kinder im OL trainiert, zum Zivildienst umteilen. «Wir Zivis leisten einen ebenso wichtigen und sinnhaften Dienst für die Gesellschaft wie Armeeangehörige!»

### Was macht Sinn?

Stichwort Sinnhaftigkeit: Das Bundesamt für Zivildienst liess 2024 in einer Studie untersuchen, weshalb Armeeangehörige – also Männer, die bereits Erfahrung in der Armee gesammelt haben – in den Zivildienst wechseln. Den Gewissenskonflikt setzte das Amt in der Untersuchung voraus. Der mit Abstand meistgenannte Grund: die als grösser empfundene Sinnhaftigkeit.

Doch anstatt dem Dienst in der Armee mehr Sinnhaftigkeit zu verleihen, soll mit der Abstimmungsvorlage der Zivildienst erschwert werden. Ziel ist, die Zahl der Zulassungen zum Zivildienst auf 4000 pro Jahr zu senken.

Die Pläne der bürgerlichen Parlamentsmehrheit gehen jedoch weiter, bis hin zur Abschaffung des hart erkämpften zivilen Ersatzdienstes: Zur Debatte stehen die Wiedereinführung der Gewissensprüfung sowie die Zusammenlegung von Zivildienst und Zivilschutz.

Ob dies mehr junge Männer in die Armee bringen wird? Zweifel sind angebracht. Viele

dürften den «blauen Weg» wählen, die medizinische Ausmusterung. «Diese jungen Männer werden dann sowohl im Zivildienst als auch in der Armee fehlen», sagt Priska Seiler Graf, SP-Nationalrätin und Präsidentin von Civiva.

### Kein Zuckerschlecken

Noch ist es nicht so weit. Heute sammeln jährlich Tausende junge Männer im Zivildienst Erfahrungen, die sie prägen. Seit sechs Monaten tauscht sich Robin Eichenberger täglich mit betagten Menschen aus, lernt ihre Lebensgeschichten kennen, stellt Fragen. Klingt alles ganz einfach? Weit gefehlt. Der Umgang mit den teilweise dementen Gästen des Tageszentrums sowie Bewohner:innen ist anspruchsvoll. Und Betagte sterben. «Wenn Menschen ständig über den eigenen Tod reden, kann das emotional schwierig sein», weiss Robin Eichenberger. «Ich lerne ständig dazu.»

Im Gespräch wird klar: Der Zivi-Einsatz ist nicht nur für die Institution und die betreuten Menschen ein Gewinn. Noch im letzten Herbst wollte Robin Eichenberger an der Hochschule St. Gallen Internationale Beziehungen studieren. Nun wird er im Sommer ein Psychologiestudium aufnehmen. «Weil ich gemerkt habe, dass mir Menschen mehr am Herzen liegen.» Ihn interessiert, was in ihren Köpfen vorgeht – derzeit besonders in jenen von Tagesgästen wie Kurt Egger.

Damit das so bleibt: Gehe am 14. Juni an die Urne und stimme Nein zur Revision des Zivildienstgesetzes.

## Gibt es bald zu wenig Soldaten?

Das befürchten bürgerliche Politiker:innen, die damit die neuen Hürden für die Zulassung zum Zivildienst begründen. Ein Blick auf die Zahlen zeigt aber: Der sogenannte Effektivbestand der Armee von 140 000 Personen ist seit Jahren höher als gesetzlich erlaubt. Der Bundesrat hat jedoch 2018 die Zahl der Dienstjahre von zwölf auf zehn gesenkt, sodass in den Jahren 2028 und 2029 zwei zusätzliche Jahrgänge aus der Armee entlassen werden. Das führt zu einem leichten Unterbestand, der – gemäss Berechnungen der Armee – ab 2030 wieder abnimmt.

Die Armee beklagt, dass Soldaten besonders in den Wiederholungskursen fehlten. Der Grund dafür liegt jedoch nicht in den Abgängen in den Zivildienst. Das WK-Problem hat mit der Flexibilisierung der Dienstpflicht zu tun: Die sechs obligatorischen WKs können über zehn beziehungsweise zwölf Jahre verteilt werden. Systembedingt sind so nie alle eingeteilten Soldatinnen und Soldaten anwesend.



Kochen fürs Klima

# Mit Essen die Welt besser machen

**Köchin Franca Breyer aus Winterthur ist überzeugt: Das Frühstück wird unterschätzt. Sie zeigt, wie «Zmorge fein und nachhaltig» geht.**

Pia Wildberger

Franca Breyer ist sofort Feuer und Flamme, als es darum geht, für die Links-Leserschaft ein spezielles, nachhaltiges Rezept zu kreieren. «Essen ist immer politisch», sagt sie mit einem Lächeln, aber auch mit Nachdruck, und verweist auf die aufgeweichten Regeln zu gentechnisch veränderten Lebensmitteln in der EU. «Aber mit Essen lässt sich die Welt ein bisschen besser machen.»

Franca Breyer ist eine «Überzeugungstäterin» im allerbesten Sinn. Nach dem Abitur in Deutschland studierte sie Medienwissenschaften und arbeitete ein paar Jahre lang als Journalistin – bis sie ihr Leben auf den Kopf stellte und entschied, ihrer wahren Leidenschaft nachzugehen: Von Berlin aus bewarb sie sich mit Ende zwanzig für eine Lehrstelle als Köchin im Kräuter-Restaurant «Edelweiss» auf der Rigi – und erhielt den Zuschlag. Die Ausbildung zur Köchin schloss sie mit Auszeichnung ab.

Seither hat die Mittdreissigerin in mehreren Restaurants in der Schweiz ihre Spuren abverdient. Trotz unterschiedlichster Arbeit-

geber hatten alle Arbeitsplätze eines gemein: lange Arbeitstage und viel Druck, besonders in der von Männern geprägten Spitzengastronomie. «Frauen müssen sich immer mehr beweisen.» Für das SP-Mitglied ist darum klar: «In unserer Forderung für mehr Gleichstellung dürfen wir nicht nachlassen.»

### Perfekt? Muss nicht sein

Heute bekocht Franca Breyer die Kundschaft unter anderem privat zu Hause. Sie ist ausgebucht, obwohl sie keine eigene Website hat. Der Schlüssel zu ihrem Erfolg liegt einerseits in der Mund-zu-Mund-Werbung, vor allem aber in ihrer Kochkunst.

Wenn es eine Mahlzeit gibt, auf die Franca Breyer nicht verzichten möchte, dann ist es das Frühstück. Die Zutaten sollen so lokal und saisonal wie möglich sein. Auch für die Ricotta-Pancakes (siehe nebenstehendes Rezept) stammen die Ingredienzen von lokalen Produzent:innen.

Freund:innen tischt sie gerne ein Menü aus der griechischen, türkischen oder persischen

Küche auf – meistens fleischlos, «denn ich will die herzige Kuh nicht essen». Ersatzprodukte sieht sie pragmatisch, «ab und zu schmeckt das ganz gut».

Und sie macht Mut zur klimafreundlichen Küche: «Alle sollen so nachhaltig kochen, wie sie eben können – es muss nicht perfekt sein.»

Das lässt sich leicht sagen, wenn die Frühstücks-Pancakes so schmecken wie jene von Franca Breyer: einfach perfekt.

## Essen ist politisch!

Unsere Ernährungsweise ist für rund ein Drittel der Treibhausgas-Emissionen verantwortlich. Für den Fleischkonsum wird Regenwald abgeholzt und Soja angebaut, das als Kraftfutter für Tiere dient. Ein Teil der Ernte landet zudem im Abfall. Am meisten Food Waste fällt in Privathaushalten an. Doch dagegen lässt sich etwas tun. Renommierete Köchinnen und Köche stellen in dieser Serie eines ihrer nachhaltigen Lieblingsrezepte vor.



## Ricotta-Pancakes mit Birnen-Kompott

### Zutaten für 4 Personen

möglichst aus der Schweiz

- 320 g frischen Ricotta
- 180 ml Milch
- 4 Eier
- 130 g Weissmehl
- 1,5 TL Backpulver
- 30 g Zucker
- Butter zum Ausbacken

### Zubereitung

#### Pancakes

Eier trennen. Das Eiweiss steif schlagen. Eigelb, Ricotta, Milch und Zucker verquirlen. Mehl und Backpulver vermengen und unter die feuchte Masse rühren. Eischnee vorsichtig unter die Masse heben. Pancakes in Butter ausbacken.

#### Birnenkompott

- 2 Birnen
- 50 ml Wasser
- 2 EL Birnel
- Zucker nach Belieben

Die Birnen waschen, entkernen und in kleine Würfel schneiden. Diese mit Birnel, Wasser und Zucker leicht einkochen.

#### Birnelbutter

- 60 g Butter, weich
- 1 EL Birnel
- Prise Meersalz

Die Butter circa 3–5 Minuten aufschlagen. Birnel und Meersalz dazugeben und 1 Minute aufschlagen. Butter kurz kaltstellen und anschliessend Nocken abstechen.

#### Karamellierte Haselnüsse

- 60 g Haselnüsse aus der Region
- 50 g Zucker
- 2 EL Wasser

Haselnüsse in der Pfanne rösten (optional). In einem Topf Zucker und Wasser schmelzen lassen. Den Zucker nie rühren. Wenn die gewünschte Braunstufe erreicht ist, die Haselnüsse unterrühren und die gesamte Masse auf ein Backblech giessen. Anschliessend die Haselnuss-Karamellmasse in kleine Stücke zerschlagen.

Mit essbaren Blüten dekorieren.

Foto: Aleksandra Zdravkovic



# «Solidarität ist unsere Antwort auf die Trump-SVP-Schweiz»

Co-Parteipräsidentin Mattea Meyer musste fünf Monate lang wegen Erschöpfung eine Auszeit nehmen. Nun ist sie zurück. Wie ist es ihr ergangen? Pia Wildberger

Härte immer mehr glorifiziert und fälschlicherweise mit Stärke gleichsetzt.

### Was hat dir auf dem Weg zurück geholfen?

Ich habe das grosse Glück gehabt, sehr schnell eine Therapeutin zu finden. Mein Umfeld hat mir auch immer vermittelt: Du fehlst sehr, aber komm bitte nicht zu früh zurück. Ich musste mich auch finanziell nicht sorgen. Andere in dieser Situation müssen hoffen, dass sie den Job nicht verlieren.

### Haben Parlamentarier:innen eine Taggeldversicherung?

Als Co-Parteipräsidentin bin ich bei der SP taggeldversichert. Und im Parlament werden Sitzungen entschädigt, wenn man wegen Krankheit fehlt.

### Du bist für viele ein Vorbild ...

Vielen Menschen geht es wie mir. Viele sind dankbar, wenn man eine solche Erkrankung nicht tabuisiert, sondern darüber redet und zeigt, dass man verletztlich ist. Darin liegt auch eine Stärke.

### Und was nimmst du für dich aus dieser Zeit mit?

Mehr Demut und Gelassenheit. Das politische Leben hat auch ohne mich gut funktioniert, auch weil viele Menschen zusätzliche Aufgaben übernommen haben. Dafür bin ich sehr dankbar. Auch wenn es nicht einfach ist festzustellen, dass man ersetzbar ist: Es ist entlastend und befreiend. Ich habe nochmals bewusst Ja gesagt dazu, Co-Präsidentin und Nationalrätin zu sein. Das fühlt sich sehr gut an.

### Was machst du heute anders?

Kleine Dinge. Zum Beispiel scrolle ich am Abend nicht auf dem Handy, sondern lese ein Buch. Ich habe lange Zeit kaum noch Bücher gelesen. Ich mache wieder Sport und lese meine Mails nicht auf dem Handy. Ich nehme Unterstützung an und priorisiere die Dinge. Ich mache bewusst Pause und sage auch mal Nein.

### Welches Buch hat dich in den letzten Monaten besonders begeistert?

«Im Meer waren wir nie» von Meral Kureyshi hat mir sehr gut gefallen. Und «Vom Ende der Einsamkeit» von Benedict Wells habe ich verschlungen.

### Du engagierst dich an vorderster Front im Abstimmungskampf gegen die SVP-Initiative. Wie fühlst du dich?

Sehr gut. Ich bin voller Energie und Freude, mich wieder zusammen mit ganz vielen anderen zu engagieren. Das ist ein schönes Gefühl und nicht selbstverständlich.

### Ende November hast du dich wegen Erschöpfung zurückgezogen. Wie war das für dich?

Ich habe sehr gehadert. Es ist hart, sich selbst gegenüber eingestehen zu müssen, dass ich mir selbst und auch meinem Umfeld zu wenig Sorge getragen habe.

### Gab es einen Moment der Entscheidung?

An einem Samstag vor der Wintersession kam ich nicht mehr vom Sofa hoch. Da realisierte ich, dass ich etwas ändern muss. Das sehr persönliche Eingeständnis ist das eine. Dies in die Öffentlichkeit zu tragen, ist etwas anderes. Das hat mich viel Überwindung gekostet. Aber ich habe mich von Beginn weg von meinem familiären und dem politischen Umfeld getragen gefühlt. Sie haben mich zu diesem Schritt zum Glück ermutigt.

### Wie waren die Reaktionen?

Die Anteilnahme war gross. Über alle Parteigrenzen hinweg zeigten viele Verständnis und wünschten mir Zuversicht und Ruhe. Der Tenor war «es kommt wieder gut». Das war sehr schön, auch weil es mir Zuversicht gegeben hat.

### Wird diese Erfahrung in deine politische Arbeit einfließen?

Ich bin mir noch stärker bewusst geworden, dass wir zueinander und zu uns selbst schauen müssen. Solidarität ist unsere Antwort auf die Trump-SVP-Schweiz, die



**Nicole Schaub,** 33, arbeitet als Schulpsychologin in Basel und wohnt mit ihrem Partner und ihren zwei kleinen Jungs in Riehen.

# 5 Fragen

an Neumitglied  
Nicole Schaub, Riehen

## 1. Was hat dich zur SP gebracht?

Ich bin grundsätzlich schon immer an politischen und gesellschaftlichen Themen interessiert gewesen. Besonders in den letzten Jahren habe ich gemerkt, dass ich nicht nur abstimmen, sondern mich aktiver einbringen möchte. Ich arbeite im Sozialwesen und habe das Gefühl, dass die SP am besten zu meinen Werten passt – etwa bei Gleichberechtigung, Familienfreundlichkeit oder dem Ausbau des Sozialstaats.

## 2. Gab es einen speziellen Auslöser?

Es war eher eine Ansammlung von Ereignissen. Zum Beispiel die Abstimmungen zur «Ehe für alle» oder zum Eigenmietwert. Auch die 10-Millionen-Initiative regt mich auf: Dass so etwas überhaupt zur Abstimmung kommt, finde ich absurd. Ausserdem habe ich enge Freunde in den USA, dank denen ich immer wieder mitbekomme, wie wichtig politische Teilhabe ist.

## 3. Kannst du dir vorstellen, dich in der Partei oder für ein Amt zu engagieren?

Mit zwei kleinen Kindern ist das natürlich eine Herausforderung, aber ich schliesse nicht aus, irgendwann eine Funktion zu übernehmen. Ich bin jemand, der sich einbringt und nicht einfach nur zuschaut.

## 4. Welche Erwartungen hast du an die Partei?

Ich erwarte, dass die SP weiterhin stark für soziale Gerechtigkeit, Gleichberechtigung und Familienfreundlichkeit eintritt. Es geht darum, Themen wie den Ausbau des Sozialstaats, faire Gesundheitsversorgung oder Kinderbetreuung sichtbar zu machen und voranzutreiben. Basel-Stadt ist zwar in vielen Bereichen fortschrittlich, aber es gibt noch Luft nach oben. Ich würde auch einen Schwerpunkt beim Thema psychische Gesundheit setzen. Als Schulpsychologin erlebe ich täglich, wie wichtig frühzeitige Interventionen und mehr Therapieplätze sind. Hier braucht es mehr Ressourcen und weniger Bürokratie. Ich finde es auch wichtig, wie Mattea Meyer ihre Erkrankung medial zum Thema gemacht hat.

## 5. Was machst du in deiner Freizeit?

Ich bin seit Jahren im Volleyballverein aktiv – früher intensiver, heute eher als sozialer Ausgleich. Ansonsten bin ich gerne mit meiner Familie in den Bergen unterwegs – wandern, skifahren oder schlitteln. Wir reisen auch sehr gerne. Mit zwei kleinen Kindern bleibt aber ohnehin wenig Zeit – wir versuchen, alles unter einen Hut zu bekommen.

Interview Pia Wildberger



## Kinotipp

### Sonderfall Neutralität

Was heisst eigentlich neutral? Geschmacklos, geruchlos und mutlos – oder im Gegenteil klug und gerecht? Ist echte Neutralität überhaupt möglich, und ab wann verliert man sie? Die Schweizer Filmemacher Stéphane Goël und Mehdi Atmani nähern sich diesen Fragen aus unterschiedlichen Blickwinkeln und umkreisen das Thema auf ihrem Roadtrip regelrecht.

Sie besuchen etwa eine Veranstaltung von Pro Schweiz, jener SVP-nahen Vereinigung, die die Neutralitätsinitiative eingereicht hat. In New York verfolgen sie im Sicherheitsrat unter Schweizer Vorsitz die Wortmeldungen von Aussenminister Ignazio Cassis. Sie sprechen mit Schweizer Militärangehörigen auf der Demarkationslinie zwischen Nord- und Südkorea, besuchen die grösste Rüstungsmesse in Paris, wo Schweizer Dual-Use-Güter angepriesen werden, und machen Halt in Zug, wo superreiche Vermögensverwalter ihre eigene Sicht auf die Neutralität darlegen.

Zwischen dem UN-Sicherheitsrat und Pro Schweiz prallen zwei gegensätzliche Vorstellungen der Schweizer Identität aufeinander. «Und dazwischen sahen wir einen Raum, der uns helfen konnte zu verstehen, wer wir sind – uns als Land zu definieren und unseren Platz in der Welt zu finden», sagt Regisseur Stéphane Goël. Der Film liefert keine einfachen Antworten, eröffnet aber spannende Perspektiven.

Leichtigkeit gewinnt der Film vor allem durch seine Situationskomik. Die beiden Filmemacher nehmen die Zuschauer:innen mit hinter die Kulissen und zeigen die Entstehung einzelner Szenen – humorvoll, selbstironisch und unterhaltsam. Insgesamt ist der Film sehr empfehlenswert als Einstimmung auf den Abstimmungskampf im Herbst, wenn die Neutralitätsinitiative, die Sanktionen verbieten will, voraussichtlich an die Urne kommt.

Pia Wildberger

**Sonderfall**, ab 4. Juni in den Deutschschweizer Kinos.

## Partnerangebote



Das Bildungsinstitut der Gewerkschaften

### Personalbeurteilungssysteme neu gedacht – fair, transparent, wirksam

**10. – 11. August, Sigriswil**

Faire Personalbeurteilungssysteme: Welches sind die Kriterien und wie kann die Personalvertretung Einfluss nehmen? Der Kurs vermittelt Grundwissen über Mitarbeitenden- und Qualifikationsgespräche, Arbeitszeugnisse sowie Persönlichkeits- und Datenschutz.

### Einführungskurs Doppelte Buchhaltung

**24. – 25. August, Schwarzenberg**

Kassier:innen von Vereinen, Gruppen und Sektionen lernen in diesem Kurs die theoretischen Grundlagen der doppelten Buchhaltung kennen und vertiefen das Gelernte in praktischen Übungen.

### Ich will mehr Lohn! – Vorbereitet und überzeugend in Lohnverhandlung und MAG

**1. September, Zürich**  
Wie gehe ich gut vorbereitet in ein Mitarbeitendengespräch? Wie kann ich überzeugend auftreten und

geschickt verhandeln? Du lernst in diesem Kurs, deine Kompetenzen sichtbar zu machen, und bist dir im Klaren, was dein:e Arbeitgeber:in an dir hat. Mit praxisnahen Übungen trainierst du, dich für deine Anliegen einzusetzen.

### Diversity – Vielfalt, Gleichstellung, Inklusion

**9. – 10. September, Bern**

Menschen sind verschieden. Nicht nur in der Art, wie sie sich geben und den Kontakt zu ihren Mitmenschen gestalten, sondern auch darin, was sie innerlich empfinden und brauchen, um sich wohlzufühlen. Im Kurs hinterfragen wir unseren Umgang mit Vielfalt in unserer Gesellschaft mit dem Ziel, unbewusste Diskriminierungen und Privilegien als Hindernisse zu erkennen und abzubauen.

Anmeldung online, per Mail oder Telefon

[www.movendo.ch](http://www.movendo.ch)  
[info@movendo.ch](mailto:info@movendo.ch)  
**058 218 00 00**

Die Kosten für mindestens eine Weiterbildung werden für Gewerkschaftsmitglieder von ihrer Gewerkschaft getragen.



### Stadtrundgänge ZH Kolonial

Der Kolonialismus hat Spuren hinterlassen in Zürich. Zürcher:innen waren auf vielfältige Weise an ihm beteiligt oder von ihm beeinflusst. Der zweistündige Stadtrundgang verweist auf Stationen in Zürich, wo diese Verwicklungen sichtbar werden. Wir bieten zwei verschiedene Stadtrundgänge an, einen mit Fokus auf die Wirtschaft und einen mit Fokus auf die Kultur. Eine Teilnahme kostet 15 Franken pro Person.

### Fokus «Wirtschaftliche Ausbeutung und Kolonialismus»

**Sonntag, 31. Mai, 14 Uhr (e)**

### Fokus «Wissenschaft, Kultur und Kolonialismus»

**Freitag, 5. Juni, 17.30 Uhr**  
**Freitag 12. Juni, 17.30 Uhr**

### Stadtrundgänge Luzern postkolonial

Stadtrundgang zur Geschichte des Kolonialismus und Rassismus in Luzern, in Kooperation mit Luzern postkolonial.

Der Rundgang dauert ca. 1,5 Std., 15 Fr. pro Person. Nächste Daten:

**Sonntag, 31. Mai, 14 Uhr**  
**Samstag 6. Juni, 14 Uhr**

### Stadtrundgänge Fribourg Coloniale in Kooperation mit der Stiftung Cooperaxion.

Ca. 1, 5 Std.,

15 Fr. pro Person.

Nächstes Datum:

**31. Mai, Sonntag, 14 Uhr (d/f)**



Anmeldung und weitere Informationen  
[anny-klawa-morf.ch](http://anny-klawa-morf.ch)

# Agenda

## Anlässe für SP-Mitglieder

**DI, 9. Juni 2026**

Jahresanlass der Gruppe 2027, Bern

**FR, 12. Juni 2026**

Mitgliederkonferenz SP 60+, Biel

**SO, 14. Juni 2026**

Feministischer Streik, in der ganzen Schweiz



**FR/SA, 19. – 20. Juni 2026**

SP queer goes Zurich Pride

**SA, 20. Juni 2026**

Wandertag der SP Frauen

**MO, 22. Juni 2026**

Feministischer Sessionsrückblick, Winterthur

**FR, 26. Juni 2026**

Parteiratsitzung, Olten

**FR/SA, 26. – 27. Juni 2026**

SP queer goes Lausanne Pride

**SA, 22. August 2026**

Sommeranlass der SP Migrant:innen

**SA, 5. September 2026**

Mitgliederversammlung der SP Frauen, Bern

**FR, 11. September 2026**

Parteiratsitzung, online

**SA, 12. September 2026**

Kommunaltagung, Olten

**SA, 26. September 2026**

Generalversammlung SP queer

**SA, 26. September 2026**

Delegiertenversammlung der SP 60+, Bern

**SA/SO, 17. – 18. Oktober 2026**

Parteitag in Thun

**DI, 20. Oktober 2026**

Feministischer Sessionsrückblick, St. Gallen

**FR, 27. November 2026**

Parteiratsitzung, Olten



Aktuelle Infos unter  
[www.spschweiz.ch/veranstaltungen](http://www.spschweiz.ch/veranstaltungen)

# Bildungsangebote



## SVP-Initiative – unser Nein

**1. Juni 2026**

**19 – 20.30 Uhr, online**

Mit **Eric Nussbaumer** (alt Nationalrat), **Moritz Bondeli** (SP International) und **Sinem Gökçen** (SP Migrant:innen)

Bei einer Annahme der SVP-Initiative müssten die Personenfreizügigkeit mit der EU und damit auch die bilateralen Verträge gekündigt werden. In diesem Webinar sprechen wir über die internationalen Beziehungen der Schweiz und darüber, was mit dieser Initiative auf dem Spiel steht – für Schweizer:innen im Ausland, für Migrant:innen in der Schweiz sowie für die gesamte Bevölkerung.



## Podium: 30 Jahre Gleichstellungsgesetz

**10. Juni 2026**

**18.30 – 20 Uhr, Volkshaus Zürich**

Mit **Anna Rosenwasser** (Nationalrätin), **Vania Alleva** (Präsidentin Unia) und **Christine Goll** (alt Nationalrätin)

Am 1. Juli 1996 trat das Gleichstellungsgesetz in Kraft – ein Meilenstein im Kampf gegen Diskriminierung. 30 Jahre später müssen wir feststellen: Noch immer bestehen grosse Ungleichheiten – bei den Löhnen, der Anerkennung von Care-Arbeit und den Renten. Im Vorfeld des feministischen Streiks diskutieren wir: Wie kam es zu dieser historischen Errungenschaft, und wo stehen wir heute wirklich?



## Gestern & Heute: Widerstand!

**31. August 2026**

**19.30 – 21 Uhr, online**

Mit **Christian Koller** (Direktor Schweizerisches Sozialarchiv) und **Franziska Zaugg** (Expertin für Zeitgeschichte)

Nach der bereits erfolgten Rehabilitierung der Schweizer Spanienkämpfer:innen entscheidet das Parlament in der Sommersession über die Anerkennung und Rehabilitierung jener Freiwilligen, die sich dem antifaschistischen Widerstand in Frankreich und Italien angeschlossen haben. In unserem Webinar werfen wir einen Blick auf dieses bewegte, noch viel zu wenig bekannte Kapitel der Schweizer Geschichte.

AZB

CH-3001 Bern  
PP/Journal

Post CH AG

## Transgesundheit

**Herbst 2026, online**

Weitere Informationen folgen

Nach wie vor ist die Gesundheit von transgeschlechtlichen Menschen ein vernachlässigtes Thema – zu Unrecht, wie nationale Gesundheitsberichte beweisen. Längst ist sie auch zum Kampfgrund der Rechten geworden. Deshalb wollen wir das Wissen über Gesundheit und die Systematik von Angriffen in der breiten Gesellschaft und bei Entscheidungsträger:innen stärken und sie für die Thematik sensibilisieren.

## Veranstaltungen für Vorstände und Behördenmitglieder

### Kommunaltagung 2026

**12. September 2026, 10 – 16 Uhr, Hotel Olten**

Für SP-Exekutivmitglieder in kleinen und mittleren Gemeinden

SP-Behördenmitglieder in kleinen und mittleren Gemeinden stehen immer wieder vor komplexen Herausforderungen. Die Kommunalpolitik gestaltet den Alltag der Menschen ganz direkt. Deshalb wollen wir diskutieren, wie wir in unseren Gemeinden wirksam handeln und progressive Lösungen vorantreiben können. Das tun wir anhand von Themen wie bezahlbarem Wohnraum oder der Prävention vor häuslicher Gewalt.



[www.spschweiz.ch/bildung](http://www.spschweiz.ch/bildung)

Hier  
anmelden!